

**URGENT ACTION**

# **DREI MENSCHENRECHTLERINNEN INHAFTIERT**

**SAUDI-ARABIEN**

UA-Nr: **UA-105/2018** AI-Index: **MDE 23/8478/2018** Datum: **25. Mai 2018** – mr

Frau **LOUJAIN AL-HATHLOUL**

Frau **IMAN AL-NAFJAN**

Frau **AZIZA AL-YOUSEF**

**Die bekannten Feministinnen Loujain al-Hathloul, Iman al-Nafjan und Aziza al-Yousef sind seit Mitte Mai ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert.**

Loujain al-Hathloul, Iman al-Nafjan und Aziza al-Yousef befinden sich seit Mitte Mai an einem unbekanntem Ort ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft der saudischen Behörden. Die drei Frauen sind prominente Verfechterinnen der Aufhebung des Fahrverbots, und sie setzen sich für ein Ende der Diskriminierung von Frauen und die Abschaffung der männlichen Vormundschaft in Saudi-Arabien ein. Zwei weitere Menschenrechtsaktivisten wurden in derselben Woche inhaftiert.

Am 19. Mai berichtete die Saudische Presseagentur, dass sieben Personen aufgrund ihres „verdächtigen Kontakts mit ausländischen Einrichtungen“, „der Rekrutierung von Personen in sensiblen Regierungspositionen“ und „der finanziellen Unterstützung von feindlichen Einrichtungen im Ausland, mit dem Ziel, die Sicherheit und Stabilität im Königreich zu untergraben und die Sozialstruktur des Landes zu stören“ verhaftet worden sind. Es wird davon ausgegangen, dass sich diese Stellungnahme auf die drei Feministinnen und die anderen beiden Menschenrechtsaktivisten bezieht. Amnesty International ist der Ansicht, dass diese Aktivist\_innen als Strafmaßnahme für ihre friedliche Menschenrechtsarbeit inhaftiert wurden. Amnesty befürchtet, dass sie von dem berüchtigten Sonderstrafgericht SCC, dessen Verfahren oft nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entsprechen, angeklagt werden könnten, das in der Vergangenheit bereits dazu benutzt wurde, Menschenrechtsverteidiger\_innen vor Gericht zu stellen und sie zu sehr langen Gefängnisstrafen zu verurteilen.

## **HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Loujain al-Hathloul wurde in Saudi-Arabien zum ersten Mal für zehn Wochen inhaftiert, als sie ihr Auto von den Vereinigten Arabischen Emiraten an die Grenze von Saudi-Arabien fuhr. Sie wurde vor das Sonderstrafgericht SCC, das Antiterrorgericht Saudi-Arabiens, gestellt und einer Reihe von Straftaten im Zusammenhang mit ihrem Autofahren und ihrem Online-Aktivismus zur Unterstützung der Kampagne gegen das Fahrverbot für Frauen beschuldigt. Am 12. Februar 2015 ließ man sie schließlich frei, doch ihr rechtlicher Status blieb ungeklärt. Am 4. Juni 2017 wurde sie im King Fahad International Airport in Dammam erneut festgenommen, als sie von einer Auslandsreise zurückkehrte. Die Behörden befragten sie zu ihrem Aktivismus und ließen sie nach vier Tagen wieder frei. Die Bedingungen ihrer Freilassung blieben unklar.

Iman al-Nafjan ist eine engagierte Menschenrechtsverteidigerin und Bloggerin und eine der führenden Stimmen gegen das Fahrverbot für Frauen.

Aziza al-Yousef ist eine weitere führende Stimme gegen das Fahrverbot und für ein Ende des männlichen Vormundschaftssystems in Saudi-Arabien. Die pensionierte Universitätsprofessorin hat zudem intensiv Frauen unterstützt, die vor häuslicher Gewalt und häuslichem Missbrauch geflohen sind. Beide Frauen widersetzten sich 2013 auch dem Fahrverbot und die Behörden haben sie aufgrund ihrer andauernden Menschenrechtsarbeit bereits wiederholt verhört und schikaniert.

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: [ua-de@amnesty.de](mailto:ua-de@amnesty.de) . W: [www.amnesty.de/ua](http://www.amnesty.de/ua)

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Bei zwei weiteren festgenommenen Aktivisten handelt es sich um Dr. Ibrahim al-Modeimigh und Mohammad al-Rabea. Dr. Ibrahim al-Modeimigh ist Anwalt und setzt sich für Frauenrechte ein. Mohammad al-Rabea ist ein Jugendaktivist, der einen Literatursalon für junge Männer und Frauen in der Hauptstadt Riad ins Leben gerufen hat.

Die jüngste Verhaftungswelle ist bezeichnend für ein anhaltendes scharfes Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen in Saudi-Arabien und die andauernde Einschränkung der Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. In den vergangenen Monaten sind mehrere Menschenrechtler\_innen vor das Sonderstrafgericht SCC gestellt und gemäß des Antiterrorgesetzes, den folgenden Dekreten und dem Gesetz gegen Internetkriminalität zu langen Haftstrafen sowie Reiseverboten und Verboten ihrer Aktivitäten in den Sozialen Medien verurteilt worden (siehe dazu auch die englischsprachige Pressemitteilung: *Saudi Arabia: First human rights defenders sentenced under leadership of 'reformer' Crown Prince Mohammad bin Salman* <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/01/saudi-arabia-first-human-rights-defenders-sentenced-under-leadership-of-reformer-crown-prince-mohammad-bin-salman/>).

Nach Informationen, die Amnesty International zugänglich sind, wurde das Dekret 44/A vom Februar 2014, einer der Erlasse kurz nach dem Antiterrorgesetz, zum ersten Mal im Februar 2018 in einem Verfahren gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen eingesetzt. Im Februar 2018 verurteilte man die Menschenrechtsaktivisten Essam Koshak und Issa al-Nukheifi zu jeweils vier Jahren Gefängnis und anschließendem vierjährigen Reiseverbot und zu sechs Jahren Gefängnis gefolgt von einem sechsjährigen Reiseverbot. Essam Koshak ist ein Menschenrechtsaktivist, der sich mit Hilfe der Sozialen Medien für Reformen und die Achtung der Menschenrechte in Saudi-Arabien einsetzt. In den Fällen von Issa al-Nukheifi und Essam Koshak forderte die Staatsanwaltschaft jeweils die höchstmögliche Strafe für die Anklagen, die gemäß des Königlichen Dekrets 44/A mit bis zu 20 Jahren Haft geahndet werden können. Eine der Anklagen lautete: „Verbindung mit religiösen und intellektuellen Extremistengruppen oder Gruppen, die national, regional oder international als terroristische Organisationen eingestuft sind“.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

##### **FAXE, E-MAILS, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Bitte lassen Sie die drei Menschenrechtsverteidigerinnen umgehend und bedingungslos frei.
- Geben Sie bitte unverzüglich ihren Aufenthaltsort bekannt und stellen Sie sicher, dass Sie sofortigen Zugang zu ihrer Familie und einem Rechtsbeistand ihrer Wahl erhalten und vor Folter oder anderweitiger Misshandlung geschützt sind.

#### **APPELLE AN**

##### **KÖNIG**

King and Prime Minister  
His Majesty King Salman bin Abdul Aziz Al Saud  
The Custodian of the two Holy Mosques, Office of His Majesty the King, Royal Court, Riyadh, SAUDI-ARABIEN  
(Anrede: Your Majesty / Majestät)  
**Fax: (00 966) 11 403 3125** (über das Innenministerium)  
**Twitter: @KingSalman**

##### **JUSTIZMINISTER**

His Excellency  
Dr Walid bin Mohammed bin Saleh Al-Samaani  
Minister of Justice, Ministry of Justice  
University Street, P.O. Box 7775, Riyadh 11137  
SAUDI-ARABIEN (Anrede: Your Excellency / Exzellenz)  
**Fax: (00 966) 11 401 1741 / (00 966) 11 402 031**

#### **KOPIEN AN**

##### **MENSCHENRECHTSKOMMISSION**

Dr Bandar Mohammed Abdullah al-Aiban  
North Ring Road, Exit 2  
P.O. Box 58889  
Riyadh 11515  
SAUDI-ARABIEN  
**Fax: (00 966) 11 418 5101**  
**E-Mail: info@hrc.gov.sa**  
**Twitter: @HRCSaudi**

##### **BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS SAUDI-ARABIEN**

S.E. Prinz Khalid bin Bandar bin Sultan bin Abdulaziz Al Saud  
Tiergartenstr. 33-34, 10785 Berlin  
**Fax: 030-8892 5176**  
**E-Mail: deemb@mofa.gov.sa**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **6. Juli 2018** keine Appelle mehr zu verschicken.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- Calling on the Saudi Arabian authorities to release the three human rights activists immediately and unconditionally.
- Urging the Saudi Arabian authorities, pending their release, to reveal the whereabouts of the human rights activists and ensure they are given access to their family and a lawyer of their choosing without delay, and that they are protected from torture and other ill-treatment.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

